

Bildung à la Jamaika

Eine Koalition könnte das Kooperationsverbot aufweichen und die Ganztagschule massiv ausbauen

VON ANJA KÜHNE

„Wir wollen das Gymnasium als eigenständige Schulform auch künftig erhalten“, hieß es im Wahlprogramm von CDU und CSU. Die Grünen kündigten hingegen an, den Ausbau von Gesamt- und Gemeinschaftsschulen fördern zu wollen. Und die FDP forderte vor der Wahl, die Finanzierung von Schulen auf Bildungsgutscheine umzustellen, die die Eltern an der Schule ihrer Wahl einlösen.

Allerdings bleiben solche Ankündigungen für die zukünftige Bundesregierung vorerst im Reich der Fantasie. Schule ist fast ausschließlich Ländersache. Seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 durfte der Bund nicht einmal mehr in Baumaßnahmen (etwa für den Ausbau von Ganztagschulen) investieren. Die 1970 ins Leben

gerufene Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung wurde abgeschafft – sie hatte wegen des Richtungsstreits zwischen SPD und Union schon lange keine bedeutenden Beschlüsse gefasst. Erst vor Kurzem wurde das Grundgesetz gelockert. Der Bund darf neuerdings finanzschwachen Kommunen bei der Finanzierung der Bildungsinfrastruktur helfen.

Die Jamaika-Koalition könnte das Kooperationsverbot noch weiter aufweichen oder es gar völlig kippen. FDP und Grünen ist es schon seit Langem ein Dorn im Auge. Die Bundeskanzlerin hat sich in der Vergangenheit pragmatisch geäußert. An ihr würde die Sache wohl kaum scheitern. Die kooperationskritische Bundesbildungsministerin Johanna Wanka stünde nicht mehr im Wege. Und im Wahlprogramm von CDU und CSU heißt es, der Bund werde „im ständigen Dialog mit den Ländern gemeinsame bildungspolitische Herausforderungen definieren“. Eine Nichteinmischungserklärung in Ländersachen sieht anders aus. Selbst wenn die CSU das Kooperationsverbot vehement verteidigt, könnte sie von den anderen schließlich überfahren werden. Im Bundestag käme die geforderte Zweidrittelmehrheit zustande. Auch die SPD und die Linken wollen das Verbot kippen.

Für den Bundesrat sieht Berlins Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) „gute Chancen“, wie sie auf Anfrage erklärt. Berlin hat soeben mit sechs anderen Ländern (Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen) einen entsprechenden Antrag in den Bundesrat eingebracht. Er dürfte von Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt



Schule, wohin? Die Union will, dass der Bund mit den Ländern redet. Foto: imago/Sämmer

unterstützt werden, deren Regierungen sich in den Koalitionsverträgen entsprechend positioniert haben. Auch die Koalitionäre in NRW kündigen im Koalitionsvertrag an, „alle gesetzlichen Hürden“, die einer „gesamtgemeinschaftlichen Kraftanstrengung“ im Schulwesen entgegenstehen, beseitigen zu wollen. NRWs neue Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) hat explizit die Abschaffung des Kooperationsverbots gefordert. Und Saarlands Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hat Hindernisse bei der Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Schulwesen mehrfach kritisiert. Diesen Ländern würde zusammen aber noch eine Stimme fehlen, um die nötige Zweidrittelmehrheit (46 Stimmen) zu erreichen. Und noch schlechter könne es nach der Wahl in Niedersachsen aussehen. So

kommt es darauf an, ob die neue Bundesregierung einen Vorschlag macht, den bislang kritische Länder annehmbar finden.

Erst wenn das Kooperationsverbot aufweicht, könnten die Parteien der Jamaika-Koalition im Bund ihr Wahlversprechen für die Ganztagschule einlösen. Alle drei Parteien wollen einen Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagschule schaffen. Die Grünen wollen, dass der Bund den massiven Ausbau mit vier Milliarden Euro bezuschusst.

Andere Pläne lassen sich auch trotz des Kooperationsverbots realisieren. Ziemlich sicher ist, dass unter Jamaika der von der Union angekündigte Digitalisierungspakt für die Schulen kommen würde. Die FDP würde das Projekt beigesteuert übernehmen. Es passt zu ihrem Selbstbild als Digitalisierungspartei.

Außerdem könnte die Jamaika-Koalition das Bildungssparen einführen: Die FDP will, dass jeder Euro, den Eltern für die Bildung ihrer Kinder sparen, vom Staat mit einem Zuschuss belohnt wird. Die Idee ist nicht neu. Sie stand schon im Jahr 2000 im Bildungsprogramm der Union – im Paket mit Studiengebühren, die die CDU-Vorsitzende Angela Merkel damals für unumgänglich hielt, die aber Ländersache sind. Hat das Bildungssparen jetzt Chancen auf Umsetzung?

Ein solches „Zukunftskonto“ hatte sich schon die schwarz-gelbe Koalition in ihrem Koalitionsvertrag von 2009 vorgenommen. Doch das damals geplante Startguthaben für jedes Neugeborene von 150 Euro und die versprochene staatliche Prämie bis zur Volljährigkeit kamen nie. Die damalige Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) verwies auf „umfangreiche rechtliche und administrative Fragen“ sowie eine noch ausstehende Klärung „finanzieller Belastungen“. Ein späterer Versuch der FDP, das Bildungssparen an das von der CSU durchgesetzte Betreuungsgeld (von Kritikern „Herdpotential“ genannt) anzuhängen, scheiterte an der Aussicht auf die Niederlage im rot-rot-grün dominierten Bundesrat.

Die Union müsste sich also trauen, die rechtlichen und finanziellen Hürden zu überwinden. Die Grünen könnten der FDP helfen, das Thema noch mal aufs Tapet zu bringen. Sie hatten im Jahr 2009 selbst ein staatlich subventioniertes „Bildungssparkonto“ für Leute ab 16 gefordert. Das Ersparnis sollte für „Lebenslanges Lernen“ ausgegeben werden. Aber ob Jamaika Ernst machen würde? Das Bildungssparen ist wohl eher ein Ladenhüter.

Beim Bafög könnten FDP und Grüne ihren gemeinsamen Wunsch nach einem Bafög für alle umsetzen. Alle Studierenden, nicht nur die bedürftigen, sollen staatlich unterstützt werden, lautet die Forderung. Die Grünen haben in ihrem Wahlprogramm zwar vorsichtig erklärt, dies sei erst „mittelfristig“ das Ziel. Mit der forschenden FDP könnte es aber sofort losgehen. Sie hat im Wahlprogramm schon Zahlen genannt: Alle Studierenden sollen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern 500 Euro im Monat bekommen. Zusätzlich soll es auf Wunsch ein Darlehen geben, das wollen auch die Grünen. Wie viel zurückgezahlt werden muss, soll vom späteren Einkommen abhängen.

Diese Reform wäre teuer: Bafög beziehen aktuell (in unterschiedlicher Höhe) nur etwa 584 000 der insgesamt 2,8 Millionen Studierenden. Die FDP will die neue Studienfinanzierung durch eine Umleitung von Steuervergünstigungen der Eltern finanzieren. Aber ob die Union das mitmachen würde?

Forscherin mit Prinzipien

Mit Helga Grebing starb eine Sozialdemokratin der ersten Stunde nach 1945

Sie wusste, wovon sie sprach. Den zentralen Gegenstand ihrer Forschung kannte Helga Grebing schon aus ihrer Kindheit. Am 27. Februar 1930 kam sie in Berlin-Pankow zur Welt, der Vater war Maurerpolier und in der Familie gab es Sozialdemokraten wie Kommunisten, gestritten wurde über den Weg in eine bessere Welt. Dass Helga Grebing einmal das Standardwerk „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ schreiben sollte, ahnte jedoch keiner.

Mit fünf verlor sie den Vater durch einen Unfall und zog mit der Mutter an den Stadtrand, ins heutige Zeuthen. Das junge Mädchen besuchte die Handelsschule in Neukölln, arbeitete in einer Rüstungsfabrik und begann, erschüttert von Krieg und Nationalsozialismus, mit 17 Jahren ihr Studium: Geschichte, Germanistik, Philosophie und Staatsrecht an der Humboldt-Universität. Doch Indoktrination, „nicht mehr braun, jetzt rot“, das kam „nicht in Frage“, erklärte sie in einem großen Interview zu ihrem Leben und Denken (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/BETRAG/intervue/grebing.htm>). Im Januar 1948 trat Helga Grebing in die SPD ein, der sie ihr Leben lang treu blieb.

Als die DDR gegründet wurde, wechselte Grebing an die Freie Universität, wo sie 1952 promovierte. Sie lebte in der Sowjetischen Besatzungszone bei der Mutter und fuhr jeden Tag nach Berlin zur Freien Universität, „um nicht entdeckt zu werden, erst bis Friedrichstraße und dann runter nach Dahlem“,

erzählte sie. „Das war irre umständlich, spannend und risikoreich.“ Es folgten einige Jahre als Lektorin, 1968 die Habilitation in Politikwissenschaft an der Frankfurter Goethe-Universität, 1972 der Ruf nach Göttingen, 1987 der nach Bochum, wo sie bis zu ihrer Emeritierung 1995 lehrte.

Stärkstes Anliegen ihres unbeirrbar wirkens war, dass sich der Faschismus nie wiederholen darf, daher ihr Eintreten für einen humanen Sozialismus, für Europa und für historische Aufklärung. An den Universitäten, erklärte die Biografin von Willy Brandt, wurde nach 1945 „zu viel Rücksicht genommen auf offene oder verkappte Nazis“. Und sie kritisierte „die Lebenslüge der DDR als antifaschistischem Staat“. In Forschung wie Lehre ging es ihr, prinzipientreu, um eine soziale Demokratie.

Einer ihrer Weggefährten, Klaus-Jürgen Scherer, erzählt im „Vorwärts“, wie Helga Grebing ihm auf einer Tagung der „Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus“ eine handschriftliche Notiz zuschob. Er las: „Wenn wir so weiterdiskutieren wie jetzt, kommt der Sozialismus nie!“ Scherer assistierte Grebing in ihrem letzten Lebensjahr bei ihrer Publikation: „Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus. Fritz Sternberg – Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist“, die gerade im Schöningh-Verlag erschien. Sternberg (1895–1963), der undogmatische Denker links der Mitte, sollte gerade heute neu entdeckt werden. Gern hätte sie das Buch noch selber vorgestellt, Termine waren geplant. Helga Grebing starb am 25. September 2017 in Berlin.

CAROLINE FETSCHER

NACHRICHTEN

Ein einziger Genfehler machte Zika-Viren zur Gefahr für Embryos

Etwa im Jahr 2013 hat eine zufällige Mutation in einem Gen des Zika-Erbguts das Virus so verändert, dass der zuvor eher harmlose Erreger die Hirnentwicklung menschlicher Föten störte. Das berichten chinesische Forscher im Fachblatt „Science“. Zika-Viren werden in Süd- und Mittelamerika über Mücken übertragen und verursachten in einer Epidemie von 2015 und 2016 bei ungewöhnlich vielen Neugeborenen Gehirnschäden (Mikrozephalie). Die Weltgesundheitsorganisation WHO erklärte den Gesundheitsnotstand. Die Mutation verändert offenbar ein Protein in der Hülle der Viren, wodurch die Erreger vor allem frühe Nerven-

zellstadien wie im Gehirn besser infizieren können. Im Vergleich zu Viren ohne Genfehler lösten die mutierten Erreger bei Mausembryos deutlich häufiger Mikrozephalie aus und erhöhten auch die Sterberate der Föten erheblich. skb

Wenige studieren in Teilzeit

Nur 6,8 Prozent der Studierenden in Deutschland studieren in Teilzeit und nur in 12,8 Prozent der Studiengänge ist Teilzeit möglich, wie eine Analyse des Centrums für Hochschulentwicklung zeigt. Den größten Anteil hat das Saarland, wo zwei Drittel aller Studiengänge in Teilzeit studiert werden können. Es folgen Hamburg und Brandenburg mit 54 und 35 Prozent, in Berlin sind es 17,2 Prozent. dpa

SONDERTHEMA Weltherztag

„Tausende Patienten werden nicht ausreichend versorgt“

Erwachsene mit angeborenen Herzfehlern benötigen eine spezialisierte Betreuung. Doch viele Betroffene gehen nach wie vor zum Kinderkardiologen

VON BEATRICE HAMBERGER

Der kleine Jonas aus Leipzig war gerade mal ein Jahr alt, da hat er schon Großes für die Forschung geleistet: Seine Eltern ließen ihn in das Nationale Register für angeborene Herzfehler eintragen. Ein enorm wichtiger Schritt, findet Ulrike Bauer, die das Register im Jahr 2000 am Deutschen Herzzentrum Berlin ins Leben gerufen hat und heute außerdem das Kompetenznetz Angeborene Herzfehler leitet. „Menschen wie Jonas leisten einen entscheidenden Beitrag zur Forschung und damit zur Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit angeborenem Herzfehler“, sagt die Medizinerin. In dem mittlerweile über 50 000 Patienten umfassenden Register werden Daten, Erfahrungen und Anregungen gesammelt, wie die Versorgung verbessert werden kann. Jeder soll daraus lernen. Die Ärzte, die Forscher und die Eltern.

Rund 6000 Kinder kommen in Deutschland jedes Jahr mit einem angeborenem Herzfehler zur Welt. Jeder Fall ist speziell und potenziell lebensbedrohlich.

Bei Jonas waren die Hauptschlagader und Lungenschlagader vertauscht, was heute mit der sogenannten arteriellen Switch-Operation gut behoben werden kann. Jedoch kamen weitere Veränderungen an den Herzklappen und Löchern zwischen den Herzkammern hinzu. Die Operation war daher sehr viel komplizierter.

Jonas ist heute wohl und ein munterer Junge. Wie er sich weiterentwickeln wird, das wird das Nationale Register für angeborene Herzfehler pseudonymisiert

Es gibt 16 zertifizierte überregionale Zentren

erfassen und damit der Wissenschaft wichtige Langzeitdaten liefern. Bis in die 1970er Jahre war die Langzeitentwicklung dieser Kinder ein Fremdwort. Ein angeborener Herzfehler war eine der häufigsten Ursachen für den Kindstod. Heute können dank medizinischem Fortschritt über 90 Prozent der Betroffenen

ein weitgehend normales Leben führen. Allerdings brauchen viele ihr Leben lang eine spezialisierte ärztliche Betreuung.

Und hier beginnt ein Dilemma, das angesichts von 280 000 Betroffenen nicht kleingedredet werden kann: „Tausende Erwachsene mit angeborenem Herzfehlern werden nicht ausreichend versorgt – weil sie ungenügend informiert sind, selbst die Weiterbehandlung abbrechen oder nicht ihrem Herzfehler entsprechend medizinisch betreut werden“, warnt Thomas Meinertz, Vorsitzender der Deutschen Herzstiftung.

Eine aktuelle Studie des Nationalen Registers für angeborene Herzfehler bestätigt die Sorge. Danach lässt sich fast ein Drittel der Patienten weiterhin vom Kinderkardiologen behandeln und nur ein Viertel geht zu einem Arzt mit EMAH-Zertifikat. Ein Zustand, der Experten alarmieren muss, da sich angeborene Herzfehler dramatisch von erworbenen Herzkrankungen unterscheiden.

„Das Problem beginnt mit der Transition, also wenn aus Kindern und Jugendlichen Erwachsene werden“, betont Felix Berger, der am Deutschen Herzzentrum Berlin das Zentrum für Erwachsene mit angeborenem Herzfehlern leitet. Viel zu viele Patienten fielen in dieser Phase aus dem System, weil sie glaubten, sie seien nach einer gelungenen Korrektur im Kindesalter gesund. Aber das sei ein Trugschluss. „Wir sehen Spätkomplikationen wie Herzschwäche, Herzrhythmusstörungen und nicht selten Herznotfälle, die sehr viel früher hätten behandelt werden müssen“, sagt Berger.

Unter dem Dach des renommierten Herzzentrums werden jedes Jahr rund 4000 Patienten mit angeborenem Herzfehlern behandelt, mehr als die Hälfte sind Erwachsene. Diagnostik, Medikamente, Operationen, Herzkatheter, Schrittmacher, Transplantationsmedizin – das ganze Programm moderner Herzmedizin wird hier aufgebaut. Auch Psychologen und Sozialarbeiter begleiten die Patienten und ihre Familien. Darüber hinaus bestehen enge Kooperationen zur

Charité für die Behandlung von Folgeerkrankungen oder für die Begleitung einer Schwangerschaft.

Berger bekräftigt, dass die Patienten wegen der Vielfalt der Herzanomalien und der individuellen Verläufe unbedingt in Spezialistenhände gehören. Und er stellt klar: „Was wir hier machen, ist keine Kindermedizin, sondern spezielle Medizin für Menschen mit angeborenem Herzfehlern.“

Das Berliner EMAH-Zentrum ist eines von 16 zertifizierten überregionalen Zentren dieser Art. Daneben gibt es in Deutschland rund 260 niedergelassene EMAH-Kardiologen, eine Schwerpunktambulanz und sieben Schwerpunktpraxen. Das abgestufte Versorgungskonzept wurde vor zehn Jahren auf Initiative der kardiologischen Fachgesellschaften ein-

geführt. Das war ein Quantensprung in der Versorgung dieser neuen Patientengruppe. Dennoch ist das System zu wenig bekannt, sowohl bei den Betroffenen als auch bei den behandelnden Ärzten. Die Deutsche Herzstiftung appelliert darum an beide Gruppen, insbesondere an die Hausärzte, einen EMAH-Spezialisten mit ins Boot zu holen.

Derweil nutzt das Kompetenznetz Angeborene Herzfehler den Fundus des Nationalen Registers, um sich direkt an die 16- bis 24-Jährigen zu wenden. „Denk daran, euer Herz braucht eine chronische Betreuung“, lautet die Botschaft per Postkarte. Der Verbund ist auch politisch aktiv, setzt sich beispielsweise dafür ein, dass auch Kinderkardiologen mit einer EMAH-Qualifikation Erwachsene behandeln dürfen. Noch erkennen die Kranken-

kassen das nicht an. Das verschärft die Situation, dass es bundesweit zu wenig niedergelassene Spezialisten gibt.

Der Kinderkardiologe und EMAH-Spezialist Felix Berger kämpft schon seit 1988 für eine bessere Versorgung von Patienten mit angeborenem Herzfehlern. „Wir haben so enorme Fortschritte bei den Neugeborenen und Kindern gemacht“, sagt er. „Es darf einfach nicht sein, dass uns die Patienten später durch Versorgungslücken verloren gehen.“

— Der Weltherztag findet jedes Jahr am 29. September statt und macht auf die Präventionsmöglichkeiten gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen aufmerksam.

Mehr im Internet: www.herzstiftung.de



Jeder Fall ist anders. In Deutschland kommen jährlich 6000 Kinder mit einer Fehlbildung des Herzens zur Welt. Viele Eltern lassen sie in ein Register eintragen. Foto: Friso Gentsch/dpa

ANZEIGE

maria
heimsuchung
caritas-klinik
pankow

Ihre Spezialisten für Herzensangelegenheiten



kardiologie@caritas-klinik-pankow.de
www.caritas-klinik-pankow.de

Tel.: 030 47517-321
Breite Str. 46/47, 13187 Berlin



TERMINE ZUR STATIONÄREN AUFNAHME
Mo.-Fr. 08:00 – 14:00 Uhr, Tel.: 47517-137

